

POLITIK EINFACH ERKLÄRT:  
**EINE NEUTRALE  
ABSTIMMUNGS-  
BROSCHÜRE**

National



**easyvote**

FÜR DIE ABSTIMMUNGEN VOM

**28. FEBRUAR 2016**

# Impressum

## Redaktionsteam

Alexandra Molinaro (Leitung), Amanda Clalüna, Anne Kneer, Claude Zwicker, Dominic Hauser, Fabienne Luder, Franziska Meinherz, Julia Emmert, Marlen Hämmerli, Michèle Bächli, Oliver Welti, Sascha Kälin, Till Haechler, Zoë Maire

## Layout/Illustrationen

Clara Sollberger, Isabelle Lindner

## Korrektorat

 Rotstift AG, Bern

## Druck

 Jordi AG – das Medienhaus

## Kontakt

easyvote  
info@easyvote.ch  
031 384 08 09

## Auflage

86 400

## Herausgeber

Herausgeber der Abstimmungsbroschüre easyvote ist der Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ, welcher gemäss statutarischem Zweck parteipolitisch und konfessionell neutral ist und dessen Partizipationsprojekt easyvote namentlich auf Basis des Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG, SR 446.1) durch das Bundesamt für Sozialversicherung BSV auf eidgenössischer Ebene unterstützt wird.



**DSJ FSPJ FSPG**

Dachverband Schweizer Jugendparlamente  
Fédération Suisse des Parlements des Jeunes  
Federazione Svizzera dei Parlamenti dei Giovani

Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ

## Mit der Unterstützung von



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

## Von Jugendlichen für Jugendliche

Die vorliegende Abstimmungsbroschüre will die politische Partizipation von Jugendlichen längerfristig fördern, indem eine einfach verständliche und politisch neutrale Abstimmungshilfe für nationale und kantonale Abstimmungen produziert und vorbereitet wird. Massgebend ist dabei der Wortlaut des offiziellen Abstimmungsmaterials.

## Beteiligte Jugendparlamente

Jugendparlament Aargau, Jugendrat Baselland, Jugendrat Stadt Bern, Jugendparlament Biel, Jugendparlament Stadt Chur, Jugendrat Escholzmatt, Jugendparlament Region Fraubrunnen, Parlament des Jeunes Genevois, Consiglio Cantonale dei Giovani, Commission des Jeunes du canton de Vaud, Jugendparlament Köniz, Jugendparlament Kanton Luzern, Jugendparlament Stadt Luzern, Jugendrat Rothenburg, Jugendparlament Kanton Schwyz, Jugendparlament Schaffhausen, Jugendparlament Wauwil, Jugendrat Wohlen, Jugendrat Worb

## Politische Neutralität

Die vorliegende Abstimmungsbroschüre ist politisch neutral und versteht sich als Abstimmungshilfe für Jugendliche. Die Vorgaben der Wahl- und Abstimmungsfreiheit werden gewahrt (unverfälschte Stimmbildung) und durch ein Neutralitätskomitee überprüft, welches auch die Übereinstimmung mit dem offiziellen Abstimmungsmaterial kontrolliert und gewährleistet.

## Hinweise

Sämtliche Rechte, Titel und Ansprüche an, für und aus allen Informationen und Inhalten (einschliesslich aller Texte, Daten, Grafiken und Logos) der easyvote Abstimmungshilfe, welche sich aus dem geistigen Eigentum ergeben, verbleiben beim DSJ. Die easyvote Broschüre kann auf ausdrücklichen Wunsch über [www.easyvote.ch/abbestellen](http://www.easyvote.ch/abbestellen) abbestellt werden.

# Editorial



**VERGISS NICHT...**  
... deinen Stimmrechts-  
Ausweis zu unterschreiben!

## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER

Am 28. Februar 2016 ist es wieder so weit und du hast die Möglichkeit, deine Stimme zu verschiedenen Vorlagen abzugeben. Zu kompliziert? Keine Angst, wir helfen dir!

In den Händen hast du die neue easyvote-Abstimmungsbrochüre. Sie informiert dich einfach, verständlich und neutral über die Abstimmungen.

Wenn du genug vom Lesen hast, besuche [www.easyvote.ch/abstimmungen](http://www.easyvote.ch/abstimmungen).

Dort findest du zu jeder nationalen Vorlage einen Clip, der dir in weniger als drei

Minuten erklärt, um was es geht. Also – informieren und abstimmen –, nichts einfacher als das!

Übrigens, wenn du die Broschüre bekommen hast, aber nicht weisst, wieso: Sie wurde dir von deiner Gemeinde offeriert!

Viel Spass beim Lesen und Abstimmen wünscht dir

Zoë Maire (Redaktionsleiterin) und das easyvote Team

Kommst du aus dem **Kanton Basel-Landschaft** oder aus dem **Kanton St. Gallen**?  
Am 28. Februar 2016 gibt es auch Wahlen. Besuche [www.easyvote.ch/wahlen](http://www.easyvote.ch/wahlen) und erfahre alles darüber, wer, wo, wie und warum gewählt wird!



## Inhalt

<i>Für Ehe und Familie</i> .....	4
<i>Durchsetzungsinitiative</i> .....	6
<i>Spekulationsstopp-Initiative</i> .....	8
<i>Zweite Gotthardröhre</i> .....	10

# Für Ehe und Familie

## NATIONAL

### AUSGANGSLAGE

In der Schweiz bezahlt man Einkommenssteuern. Einen Teil seines Einkommens muss man also als Steuer an den Staat bezahlen. Die Höhe dieser Einkommenssteuer hängt davon ab, wie hoch das Einkommen ist.

Ist man nicht verheiratet, so wird die Höhe der Einkommenssteuern aufgrund des persönlichen Einkommens berechnet. Ehepaare hingegen bezahlen die Steuern gemeinsam. Für die Höhe der gemeinsamen Einkommenssteuer werden darum die Einkommen beider Ehepartner zusammengezählt. Auf Bundesebene hat dies unterschiedliche Folgen: Verdient nur ein Ehepartner Geld, so muss das verheiratete Ehepaar weniger Steuern bezahlen als unverheiratete Paare mit demselben Einkommen. Verdienen jedoch beide Ehepartner, so bezahlen sie ab einem gewissen Einkommen mehr Steuern als unverheiratete Paare mit demselben Einkommen. Auch bei den Sozialversicherungen werden verheiratete Paare in gewissen Fällen anders behandelt als unverheiratete Paare. So ist beispielsweise die maximale AHV-Rente für Ehepaare tiefer als die zwei maximalen AHV-Renten von zwei unverheirateten Personen zusammen. Weiter erhält eine verheiratete Person beispielsweise eine Witwen- oder Witwerrente, wenn ein EhepartnerIn stirbt.

### WAS WÜRD SICH ÄNDERN?

Die Initiative will, dass Ehepaare weiterhin gemeinsam besteuert werden. Sie sollen jedoch in keinem Fall höhere Steuern bezahlen müssen als unverheiratete Paare mit demselben Einkommen. Zudem sollen sie auch bei den Sozialversicherungen in keinem Fall weniger Leistungen erhalten. Beispielsweise sollen sie von der AHV nicht tiefere Renten als ein unverheiratetes Paar erhalten. Zudem wird in der Verfassung festgeschrieben, dass die Ehe eine Verbindung zwischen Mann und Frau ist.

## ZIEL

Verheiratete Paare sollen weder bei den Steuern noch bei den Sozialversicherungen benachteiligt werden.

### ARGUMENTE DER BEFÜRWORDER\_INNEN



- Verheiratete Paare sind bei der Besteuerung und den Sozialversicherungen benachteiligt. Das gleicht einer Heiratsstrafe.
- Das Bundesgericht hat bereits 1984 entschieden, dass man nicht aufgrund des Zivilstandes (ledig, verheiratet etc.) diskriminiert werden darf. Trotzdem werden gewisse Ehepaare heute noch benachteiligt.

### ARGUMENTE DER GEGNER\_INNEN



- Mit der Initiative wird es schwieriger, andere Lösungen einzuführen, wie zum Beispiel, dass auch verheiratete Paare getrennt voneinander Steuern bezahlen.
- Die Ehedefinition ist nicht mehr zeitgemäss. Denn eine Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist erst wieder möglich, wenn die Verfassung wieder geändert wird.

**NATIONALRAT:**

**STÄNDERAT:**

**BUNDESRAT:**

dagegen (85 Ja, 107 Nein, 1 Enthaltung)

dagegen (20 Ja, 25 Nein, 0 Enthaltungen)

dagegen

# Durchsetzungsinitiative

NATIONAL

## ANGANGSLAGE

Ende 2010 haben die Schweizer StimmbürgerInnen die sogenannte Ausschaffungsinitiative angenommen. Diese verlangt, dass AusländerInnen die Schweiz verlassen müssen, wenn sie wegen bestimmten Straftaten verurteilt wurden. Das Parlament hat im März 2015 die dafür nötigen neuen Gesetze beschlossen. AusländerInnen müssen demnach die Schweiz insbesondere verlassen, wenn sie einen anderen Menschen getötet, schwer verletzt, schwer gefährdet oder ein Sexualverbrechen begangen haben. In besonderen Ausnahmefällen kann das Gericht auf eine Ausschaffung verzichten. Dies z.B. wenn die Person in der Schweiz geboren und aufgewachsen ist.

Es wurde kein Referendum gegen die neuen Gesetze vom Parlament ergriffen, die Durchsetzungsinitiative wurde aber eingereicht.

## WAS WÜRD SICH ÄNDERN?

Wird die Durchsetzungsinitiative angenommen, gibt sie genau vor, wie die Ausschaffungsinitiative umzusetzen ist. Die AusländerInnen werden immer automatisch aus der Schweiz ausgeschafft, wenn sie aufgrund ganz bestimmter Straftaten (z.B. Mord, Raub) verurteilt werden. Persönliche Umstände, wie schwer die Tat war oder wie hoch die Strafe ausfällt, werden nicht berücksichtigt.

Falls die Person in den letzten zehn Jahren bereits einmal verurteilt wurde, reicht zudem eine leichte Straftat für die Ausschaffung (z.B. Schlägerei, Diebstahl). Auch hier werden persönliche Umstände, wie schwer die Tat war oder wie hoch die Strafe ausfällt, nicht berücksichtigt.

Wenn die AusländerInnen in ihren Heimatstaaten gefoltert oder verfolgt werden, kann nur vorübergehend auf die Ausschaffung verzichtet werden.

Die Initiative hält zudem fest, dass diese neuen Regeln Vorrang haben gegenüber dem nicht zwingenden Völkerrecht.



## VON DER INITIATIVE ZUM GESETZ

Die Annahme einer Volksinitiative führt zu einer Änderung in der Bundesverfassung.

Das Parlament setzt diese Änderung in der Bundesverfassung mit einem Gesetz konkret um. Gegen dieses Gesetz kann das Referendum ergriffen werden. Damit ein Referendum zustande kommt, müssen innerhalb von 100 Tagen 50 000 Unterschriften gesammelt werden.

## ZIEL

AusländerInnen sollen in jedem Fall automatisch ausgeschafft werden, wenn sie wegen bestimmten Straftaten verurteilt werden. Die Durchsetzungsinitiative soll genau bestimmen, wie die Ausschaffungsinitiative umgesetzt wird.



### ARGUMENTE DER BEFÜRWORDER\_INNEN

- Die Durchsetzungsinitiative sorgt für mehr Sicherheit in der Schweiz, da kriminelle AusländerInnen in jedem Fall ausgeschafft werden.
- Die Durchsetzungsinitiative setzt den Volkswillen aus dem Jahr 2010 endlich um. Sie kann nicht mehr vom Parlament abgeschwächt werden.



### ARGUMENTE DER GEGNER\_INNEN

- Die Initiative gefährdet internationale Abkommen wie z.B. die Europäische Menschenrechtskonvention. Diese dürfen wir nicht aufs Spiel setzen.
- Die Durchsetzungsinitiative umgeht die Arbeit des Parlaments und die Gerichte werden in ihren Entscheidungen eingeschränkt. Die Gewaltenteilung wird somit verletzt.

**NATIONALRAT:** dagegen (57 Ja, 140 Nein, 0 Enthaltungen)  
**STÄNDERAT:** dagegen (6 Ja, 38 Nein, 0 Enthaltungen)  
**BUNDESRAT:** dagegen

# Spekulationsstopp-Initiative

NATIONAL

## ANGANGSLAGE

Nahrungsmittel wie Weizen, Reis, Soja, Zucker oder Kaffee werden weltweit an der Börse gehandelt. Ihre Preise können stark schwanken. Es ist umstritten, was alles einen Einfluss auf Preisschwankungen hat. Grundsätzlich kann man aber sagen, dass der Preis eher steigt, wenn viele Personen dieses Produkt kaufen und/oder es wenig davon gibt (z.B. weil ein Unwetter die Ernte zerstörte). Andererseits sinken die Preise eher, wenn zu viel produziert wird und/oder das Produkt nicht so oft gekauft wird.

Um zu vermeiden, dass man z.B. seinen Reis zu einem Zeitpunkt kaufen muss, wenn dieser sehr teuer ist, ist es den KäuferInnen wichtig, den Preis für die Nahrungsmittel im Voraus zu kennen und zu vereinbaren. Deswegen kann man beispielsweise heute vereinbaren, eine bestimmte Menge Reis zu einem festgelegten Preis in drei Monaten zu kaufen oder zu verkaufen. So können sich einerseits KäuferInnen und VerkäuferInnen gegen unerwartete Preisschwankungen absichern und die Termine planen. Andererseits werden so aber auch spekulative Geschäfte mit Nahrungsmitteln möglich (siehe Infobox).

## WAS WÜRDE SICH ÄNDERN?

Wird die Initiative angenommen, sind spekulative Geschäfte mit Nahrungsmitteln in der Schweiz verboten.

Weiterhin möglich ist, einen Preis oder Termin im Voraus zu vereinbaren. Dies aber nur, wenn das Unternehmen keine spekulativen Geschäfte mit den Nahrungsmitteln macht.

Die Schweiz setzt sich zudem dafür ein, dass spekulative Geschäfte mit Nahrungsmitteln auch weltweit bekämpft werden.

### ZIEL

Mit Nahrungsmitteln wie z.B. Reis, Kaffee, Soja oder Weizen sollen in der Schweiz keine spekulativen Geschäfte mehr gemacht werden.



## SPEKULATIVE GESCHÄFTE

Bei spekulativen Geschäften steht nicht das Produkt im Vordergrund, sondern das Ziel, durch das Kaufen und Verkaufen des Produktes einen Gewinn zu machen. Es wird auf steigende Preise spekuliert.

Machen wir ein konkretes Beispiel, wie ein spekulatives Geschäft ablaufen kann:

Ein Unternehmen geht davon aus, dass der Preis für Zucker steigt. Deswegen kauft es diesen an der Börse. In drei Monaten verkauft es den Zucker wieder. Ist der Preis zu diesem Zeitpunkt tatsächlich gestiegen, kann das Unternehmen den Zucker zu einem höheren Preis verkaufen. Es macht einen Gewinn.

### ARGUMENTE DER BEFÜRWORDER\_INNEN



- Wenn Unternehmen spekulative Geschäfte mit Nahrungsmitteln machen, steigen die Preise für Nahrungsmittel. Viele Leute, die diese Nahrungsmittel zum Leben brauchen, können sie sich dann nicht mehr leisten und leiden Armut und Hunger.
- Nahrungsmittel sind sehr wichtige Produkte. Es müssen darum sehr klare Regeln gelten, wie man mit diesen handeln darf.

### ARGUMENTE DER GEGNER\_INNEN



- Ein Verbot von spekulativen Geschäften ist für die Bekämpfung von Armut und Hunger nutzlos, da das Verbot nur in der Schweiz gilt und nicht dort, wo die meisten spekulativen Geschäfte gemacht werden.
- Verschiedene Studien zeigen auf, dass durch spekulative Geschäfte die Nahrungsmittelpreise nicht steigen.

**NATIONALRAT:** dagegen (58 Ja, 130 Nein, 5 Enthaltungen)  
**STÄNDERAT:** dagegen (11 Ja, 31 Nein, 1 Enthaltung)  
**BUNDESRAT:** dagegen

# Zweite Gotthardröhre

NATIONAL

## AUSGANGSLAGE

Am Gotthard gibt es seit dem Jahr 1980 einen Strassentunnel. Dieser Tunnel verbindet das Tessin mit dem Kanton Uri. Der Gotthardtunnel hat zwei Spuren. Für jede Fahrtrichtung gibt es eine Spur.

In den nächsten Jahren muss dieser Tunnel saniert werden. Während der Sanierung muss der Tunnel mehrere Jahre gesperrt werden und keine Fahrzeuge können durchfahren.

## WAS WÜRD SICH ÄNDERN?

Wird die Vorlage angenommen, so wird ein zweiter Strassentunnel durch den Gotthard gebaut. Dieser hat zwei Spuren. Bis der neue Tunnel fertig gebaut ist, verkehren die Fahrzeuge wie bisher durch den alten Tunnel. Sobald der neue Tunnel fertig gebaut ist, wird der alte Tunnel gesperrt und saniert. Die Fahrzeuge fahren dann in beiden Richtungen auf je einer Spur durch den neuen Tunnel. Die Gotthardstrasse kann so während der Sanierung offen bleiben.

Ist die Sanierung des alten Tunnels fertig, so werden beide Tunnel geöffnet. Laut dem Alpenschutzartikel darf pro Tunnel nur eine Spur geöffnet werden (siehe Infobox). Die beiden Fahrtrichtungen haben somit je einen eigenen Tunnel, in dem die Fahrzeuge nur in eine Richtung fahren. Die zweite Spur dient jeweils als Pannestreifen. Die Sanierung mit einer zweiten Röhre kostet rund 2,8 Milliarden Franken.

### ZIEL

Eine zweite Gotthardröhre soll gebaut werden.

## ALPENSchUTZARTIKEL

Im Jahr 1994 hat die Schweizer Bevölkerung den Alpenschutzartikel angenommen. Der Alpenschutzartikel schreibt unter anderem vor, dass die Kapazitäten für den Strassenverkehr im Alpenraum nicht ausgebaut werden dürfen. Der Alpenschutzartikel ist der Grund, warum am Gotthard mit einer zweiten Röhre nur eine Spur pro Röhre gebraucht werden darf.





## WAS PASSIERT BEI EINEM NEIN?

Wird die Vorlage abgelehnt, so wird der bestehende Tunnel dennoch saniert. Es wird jedoch keine zweite Röhre gebaut. Während der Sanierung wird der bestehende Tunnel gesperrt und ein Bahnverlad wird vorübergehend aufgebaut. Fahrzeuge werden also mit der Bahn durch den Gotthard transportiert.



### ARGUMENTE DER BEFÜRWORDER\_INNEN

- Der Gotthardtunnel ist eine wichtige Verbindung ins Tessin und nach Italien. Wird er ohne zweite Röhre saniert, muss er über längere Zeit vollständig gesperrt werden.
- Die Sanierung ohne zweite Röhre ist sehr aufwendig und bringt Probleme mit sich. Vorübergehend müsste ein Bahnverlad aufgebaut werden, der dann wieder abgebaut wird. Bei einer erneuten Sanierung ist der ganze Aufwand erneut nötig.



### ARGUMENTE DER GEGNER\_INNEN

- Die Sanierung ist auch ohne zweite Röhre möglich. Diese Variante ist viel billiger und das gesparte Geld kann bei dringlicheren Verkehrsprojekten besser eingesetzt werden.
- Es ist wahrscheinlich, dass irgendwann alle vier Spuren genutzt werden. Dieser Ausbau bringt noch mehr Verkehr und Umweltbelastung und verstösst gegen den Alpenschutzartikel.

**NATIONALRAT:** dafür (120 Ja, 76 Nein, 2 Enthaltungen)  
**STÄNDERAT:** dafür (28 Ja, 17 Nein, 0 Enthaltungen)  
**BUNDESRAT:** dafür

**easyvote**

Seilerstrasse 9  
3011 Bern  
info@easyvote.ch

ClimatePartner<sup>o</sup>  
klimaneutral

Druck | ID 53458-1601-1022

 [www.easyvote.ch](http://www.easyvote.ch)

